

Junge Union fordert den Erhalt des Baugebietes N39

Die Junge Union begrüßt es, dass die Kooperation dem Antrag der CDU in der Stadtverordnetenversammlung gefolgt ist und die Beschlussvorlage für die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses für das Baugebiet N39 in den Ortsbeirat und Bauausschuss verwiesen hat. Doch auch in diesem Fall zeigt sich der mangelnde Wille der Kooperation, den Bürger bei der Entwicklung der Stadt mitzunehmen. „Eine Bürgerversammlung zum Thema N39, wie von der CDU beantragt, wäre der richtige Weg gewesen, um mit den Bürgern in den Dialog zu kommen. Dies wurde leider von der Kooperation abgelehnt. Offensichtlich hat man Angst, sich den Bürgern und ihren Argumenten zu stellen“, führt der Vorsitzende Max Breitenbach aus, „der Protest vor der Sitzung des Stadtparlaments zeigt eindeutig, dass fehlende Kommunikation und mangelndes Verständnis für die Menschen der Stadt das große Defizit der Regierungsmehrheit in Rodgau ist.“

„In Zeiten, in denen steigende Mieten und knapper Wohnraum eines der größten sozialpolitischen Probleme in den Großstädten und Ballungsgebieten Deutschlands darstellt, ist es unerklärlich, wieso die Kooperation ohne Not Bauland in Grünfläche umwandelt“, erklärt Victoria von der Au weiter. Der stellvertretende Vorsitzende Christoph Koser fügt dem hinzu: „Gerade die jungen Menschen in Rodgau bemerken seit einiger Zeit zunehmend die Schwierigkeiten, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wenn diesem Trend nicht von politischer Seite entgegengewirkt wird, dann ist es bald unmöglich für die jungen Generation in Rodgau eine eigene Existenz mit eigener Wohnung aufzubauen.“

Auch die Begründung, warum dieses Gebiet nach Jahren der Planung nun nicht mehr als Bauland geeignet sein soll, ist für die JU mehr als fadenscheinig. „Hier wird von SPD, Grünen, FDP und FWG auf Grund ideologischen Starrsinns Politik gemacht, die ganz klar an den Bedürfnissen der Bürger Rodgaus vorbei geht“, sagt das Vorstandsmitglied Vincent Koller.

Abschließend kritisiert die JU die Haltung des Bürgermeisters in dieser Frage. „Der Bürgermeister soll sich für die Einheit Rodgaus und das Zusammenwachsen der Stadtteile einsetzen, dieser Aufgabe wird er nicht gerecht, wenn er Nieder-Roden als „Peripherie“ bezeichnet und mit seinen Aussagen eine künstliche Konkurrenzsituation zwischen den Stadtteilen schafft“, so der Nieder-Röder und Schatzmeister der Jungen Union Lukas Breuninger.

Die Junge Union fordert die Kooperation auf, der Stadt nicht leichtfertig Entwicklungschancen zu nehmen und das Baugebiet N39 für die Zukunft Nieder-Rodens und ganz Rodgaus zu erhalten.